

DIE LINKE. Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Konzernbetriebsrat der GASAG-Gruppe

Per Mail an: KonzernBetriebsrat@gasag.de

Sebastian Koch
Landesgeschäftsführer

Landesvorstand Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon +49 30 / 24 00 93 01
Telefax +49 30 / 24 00 92 60

sebastian.koch@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Berlin, den 8. Februar 2023

Betr. Wahlprüfstein des Konzernbetriebsrats der GASAG-Gruppe

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins des Konzernbetriebsrats der GASAG-Gruppe.

Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

1. Wie kann eine sichere Energieversorgung Berlins in Zukunft aussehen und welche Rolle spielt dabei die GASAG-Gruppe als Ganzes?

Die GASAG spielt aus Sicht von DIE LINKE. Berlin eine große Rolle bei der Sicherung der Energieversorgung und dem Umbau der Energieversorgung hin zur Klimaneutralität Berlins. Dies betrifft sowohl den Netzbereich, als auch die Angebote für Energiedienstleitungen der GASAG. Im Rahmen der Energiewende wird auch die Nutzung fossilen Erdgases in der Zukunft beendet werden. Dabei wird sich die Rolle der GASAG weiter wandeln. Im Wärmebereich werden Fernwärmeanschlüsse und Erneuerbare Energien wie Wärmepumpen und Solarthermie auch Gasheizungen ersetzen. Gleichwohl wird mit steigender Stromproduktion aus erneuerbaren Energien die Bedeutung der Speicherung des Überschussstroms für Zeiten, in denen Wind und Sonne weniger Strom liefern, zunehmen. Hier können Gasanwendungen und Gasnetz einen wesentlichen Beitrag leisten. Diese Umstellung der Gaswirtschaft auf eine Zukunft, die von erneuerbaren Energien dominiert wird, und in der das Zusammenspiel der verschiedenen Energieträger immer wichtiger wird, braucht auch das Know-How der Gaswirtschaft und der GASAG. Mit dem aktiven Vorantreiben dieses Wandels, gemeinsam mit Gesellschaft und Politik, kann sich unseres Erachtens auch die GASAG zukunftsgerecht für eine klimaneutrale Gesellschaft aufstellen.

2. Wie wollen sie erreichen, dass alle Akteure der Daseinsvorsorge zukünftig abgestimmt und effizient miteinander arbeiten, um Verkehrswende und Energiewende zu bewältigen und die Berlinerinnen und Berliner dabei mitzunehmen?

Die Zusammenarbeit der verschiedenen Unternehmen der Daseinsvorsorge kann am besten gelingen, wenn sie in öffentlicher Hand liegt, da sich dann die Geschäftspolitik nicht mehr an höchstmöglichen Renditezielen einzelner Unternehmen orientieren muss, sondern an der Optimierung des Gesamtsystems hinsichtlich der energie-, wirtschafts-, sozial- und demokratiepolitischen Ziele des Landes. Damit der notwendige Umbau der Wärmeversorgung mit steigender Bedeutung der Fernwärme und perspektivischem Auslaufen der Nutzung von fossilem Erdgas in der Stadt nicht chaotisch, sondern effizient und sozialverträglich sowie mit Nutzung der Potentiale der Sektorkopplung erfolgt, braucht es darüber hinaus eine städtische Wärmeplanung als Basis für die Investitionspolitik der Energieunternehmen Berlins.

3. Werden sie das Ziel, eines Zusammenschlusses der GASAG-Gruppe mit der Vattenfall-Wärme unterstützen?

Eine abgestimmte Geschäfts- und Investitionsstrategie der verschiedenen Energieträger und insbesondere Gas, Wärme und Strom sieht DIE LINKE. Berlin als elementar an für den Erfolg des Umbaus der Energieversorgung. Wir wollen eine Bündelung der Wärmeversorgung Berlins in öffentlicher Hand, um den angesichts des Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen notwendigen Umbau der Wärmeversorgung koordiniert über die verschiedenen Energieinfrastrukturen zu gestalten und dabei soziale Verwerfungen zu vermeiden.

Wir streben dabei eine vollständige Rekommunalisierung sowohl der Fernwärmeversorgung, als auch der GASAG und eine Bündelung der verschiedenen landeseigenen Unternehmen und Beteiligungen unter einem Dach an. Sollte es eine Kooperation mit privaten Unternehmen geben, beispielsweise durch eine Mehrheitsbeteiligung des Landes an der GASAG und Kauf der Vattenfall-Wärme durch diese, so erwarten wir mindestens die Sicherung der gesellschaftsrechtlichen Mehrheit der öffentlichen Hand und der unternehmerischen Führung Berlins. Außerdem plädieren wir in diesem Fall für eine Option auf den Kauf der restlichen Anteile, sollte die Zusammenarbeit mit den privaten Partnern nicht funktionieren. Zudem darf es keinerlei Nebenabsprachen mit privaten Partnern geben, die eine Gewinnzusicherung beinhalten. Pläne des Landes sowie Vereinbarungen mit privaten Unternehmen müssen vor allem im Bereich der Daseinsvorsorge vollständig transparent gegenüber der Stadtgesellschaft sein. Dies ist nicht zuletzt eine Erfahrung und Lehre aus der Privatisierung der Berliner Wasserversorgung.

4. Wie wollen Sie im Falle einer Beteiligung an der GASAG-Gruppe, die Sicherung der Arbeitsplätze, gute Arbeit, mit fairen Arbeitsbedingungen und tariflichen Entgelten gewährleisten?

DIE LINKE. Berlin will Klarheit und Rechtssicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Berliner Energiewirtschaft. Es muss durch das Land unmissverständlich klar gemacht werden, dass die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vollumfänglich gewahrt werden. Das beinhaltet die Übernahme der Beschäftigten ebenso wie die Übernahme der ausgehandelten Tarifverträge, Betriebs- und Dienstvereinbarungen, freiwilligen sozialen Leistungen und bestehenden Regelungen zur Altersversorgung sowie die Sicherung der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und der Gewerkschaften im Betrieb und übergeordneten Unternehmen. Selbstverständlich soll dies auch für die Beschäftigten ausgelagerter Servicegesellschaften gelten. Daher haben wir im Januar 2023 wieder einen Antrag in das Parlament eingebracht, in dem wir den Senat zur Abgabe einer solchen Selbstverpflichtung auffordern (hier nachzulesen: <https://pardok.parlament->

berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/DruckSachen/d19-0799.pdf). Die erfolgreiche Rekommunalisierung des Stromnetzes kann auch als Vorbild zur Wahrung der Interessen der Beschäftigten dienen.

5. Wie wollen sie die Teilhabe der Arbeitnehmenden bei den bevorstehenden Veränderungsprozessen im Berliner Energiesektor der Daseinsvorsorge sicherstellen?

DIE LINKE. Berlin setzt sich für die Sicherung und den Ausbau der Mitbestimmung in landeseigenen Unternehmen und Unternehmen mit Landesbeteiligung ein. Das bedeutet aus unserer Sicht auch die Sicherung der Mitbestimmung in den Aufsichtsgremien einer Holdinggesellschaft landeseigener energiewirtschaftlicher Unternehmen. Soweit derzeit gewerkschaftliche Mitbestimmung besteht, die über das gesetzliche Mindestmaß hinausgeht, muss diese auch bei der Rekommunalisierung mindestens erhalten bleiben. Bereits in den Prozess der Rekommunalisierung müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Vertretungen vollumfänglich eingebunden werden.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Koch